

## 16. Wahlperiode

---

### **Dringlicher Antrag**

auf Annahme einer EntschlieÙung

der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen

#### **Null Toleranz für rechtswidrige CDU-Werbung am Charlottenburger Tor**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus verurteilt die fortdauernde CDU-Wahlwerbung am Charlottenburger Tor und fordert die CDU auf, das Plakat unverzüglich und vollständig zu entfernen.

#### ***Begründung:***

Die an Gebäuden des Landes Berlin gebotene parteipolitische und religiöse Neutralität, die u.a. eine Vorgabe gewesen sein soll, unter der die Stiftung Denkmalschutz Berlin die Werbefirma mit der kommerziellen Verwertung der Werbeflächen beauftragt hat, wurde nicht beachtet. Die Werbefirma hat entgegen den bestehenden Verwaltungsvorschriften ein Geschäft mit Parteienwerbung gemacht.

Die CDU-Wahlwerbung am Charlottenburger Tor verstößt in mehrfacher Hinsicht gegen Gesetze und Verwaltungsvorschriften des Landes Berlin. Der Rechnungshof hatte die Vergabe der Bau- und Werbemaßnahme am Charlottenburger Tor ohne Ausschreibung an die Stiftung Denkmalschutz Berlin in den Berichten von 2008 und 2009 als rechtswidrig beanstandet und insbesondere den Verzicht auf 2,2 Mio. Einnahmen für die unentgeltliche Vergabe der Werbeflächen kritisiert.

Da der CDU-Baustadtrat im Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf nicht veranlassen will, die Werbung der Bundes-CDU zu entfernen, sondern sich mit einem faulen Kompromiss zufrieden gibt, fordert das Berliner Abgeordnetenhaus die Bundes-CDU auf, sich an Recht und Gesetz zu halten und das Plakat vollständig zu entfernen. Auch wenn wie geplant die Schriftzüge entfernt würden, bliebe aufgrund der intensiven öffentlichen Diskussion um die rechtswidrige Plakatierung bei den Zielpersonen, an die sich die Werbung richtet, der Eindruck von CDU-Parteienwerbung erhalten.

Ob und dass das Absicht dieser Kampagne ist, bleibt Spekulation. Fakt ist, das Plakat hängt dort rechtswidrig und muss entfernt werden.

Berlin, den 08. September 2009

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Hämmerling  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen